



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP), Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)**  
Drs. 18/26891

**Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag verurteilt weibliche Genitalverstümmelung und begrüßt die ersten Schritte beim Aufbau eines bayernweiten Beratungsnetzwerks für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die medizinische Versorgung für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen verbessert wird. Ziel ist insbesondere die Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal zum Thema FGM/C und die Schaffung von mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen und Mädchen.

1. Die Staatsregierung soll im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel den Aufbau von Sprechstunden für von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen, nach dem Vorbild der FGM/C-Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar in München, in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung von etablierten Expertinnen und Experten und Klinika/Universitätsklinika geschehen.
2. Der Landtag regt an, einen Arbeitskreis einzurichten, der Empfehlungen für Mindeststandards für die Lehre zum Thema FGM/C für das Medizin- und Hebammenstudium sowie für die Pflegeausbildung und für die ärztliche Weiterbildung in betroffenen Bereichen (mindestens Frauenheilkunde, Pädiatrie, Urologie, (plastische) Chirurgie) erarbeitet und sich um deren nachfolgende Implementierung kümmert. Hierbei sind etablierte Expertinnen und Experten und Fachverbände, Hochschulen, die Landesärztekammer usw. einzubeziehen.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Prävalenz von FGM/C in Bayern zu berichten und darüber zu informieren, wo betroffene Frauen eine medizinisch somatische, aber auch psychotherapeutische und juristische Versorgung erhalten.
4. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) wird gebeten, über die Terminservicestelle unter der Rufnummer 116 117 Betroffene an in diesem Bereich erfahrene und spezialisierte Expertinnen und Experten zu vermitteln.“

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**  
Mitberichterstatlerin: **Carolina Trautner**

## **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 14. Februar 2023 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 9. März 2023 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender